

Dieter Boris

Argentinien 2001: Von der langandauernden Rezession zur Währungs- und Finanzkrise

„Although the social forces behind the economic reform were able to change the economic landscape, they are not going to be able to push Argentina into a true process of economic development and social progress.“ (Jorge Schvarzer, 1998)

1. Einleitung

Die seit Juli dieses Jahres sich einem akuten Stadium nähernde Krise in Argentinien hat wieder einmal alte, aber auch neue Fragen aufgeworfen. Wieso ein derart entwickeltes Land, mit reichhaltigen Ressourcen und einer durchschnittlich gut qualifizierten Bevölkerung ständig von elementaren ökonomischen Rückschlägen bedroht sein kann.¹ Aber auch: wieso ein Land, das durch besonders rigorose Durchführung der „neoliberalen Reformen“ zu neuem Glanz aufgestiegen war und vom IWF und wichtigen Gläubiger-Regierungen hierfür mehrfach durch „Belohnungen“ (Kreditzusagen etc.) ausgezeichnet wurde, nun schon wieder (nach ähnlich angelegten Fällen Mexikos 1994/95 oder Südkoreas 1997/98) eine Gefahr darstellt, eventuell sogar eine „globale Finanzkrise“ auslösen könnte.²

Die meisten Autoren haben sich mit schnellen und kurzsichtigen Antworten zufriedengegeben. Ihrer Auffassung nach ist die „an und für sich“ richtige Wirtschaftspolitik des Landes durch einige „externe Schocks“ und Fehler in der Umsetzung dieser Politik ins Trudeln geraten. Vor dem Hintergrund einer seit fast drei Jahren andauernden Rezession, die ihrerseits nicht weiter hinterfragt wird, erscheint eine derartige Zuspitzung der Krise verhältnismäßig plausibel. Manche verweisen auch auf die politische Schwäche des gegenwärtigen Präsidenten, die Korruptionsfälle in der Vergangenheit und der Gegen-

1 So z.B. schreibt Carl Moses in der FAZ: „Man kann sich fragen, wie ein von der Natur so reich beschenktes Land derart in der Krise versinken kann.“ (FAZ, 16. Juli 2001, S. 13).

2 „Wie ist ausgerechnet Argentinien in diesen Teufelskreis hineingeraten? War denn das Land Mitte der 90er Jahre vom IMF und Finanzwelt nicht geradezu als Paradebeispiel eines erfolgreichen volkswirtschaftlichen Turnarounds gefeiert worden?“ (Neue Zürcher Zeitung, 28./29. Juli 2001, S. 9). Und: „Die Krise in Argentinien hat auch andere Schwellenländer in Bedrängnis gebracht, vor allem das Nachbarland Brasilien geriet in den Sog der Turbulenzen. Es wird befürchtet, dass ein Zahlungsausfall in Argentinien eine neue globale Finanzkrise auslöst.“ (FAZ, 13. Juli 2001, S. 14).

wart dieses Landes, schließlich befindet sich der Vorgänger von Präsident de la Rúa, Carlos Menem, wegen Verdachts auf Waffenschmuggel in großem Stil gegenwärtig mit einer Hand voll ehemaliger Minister in Haft bzw. unter Hausarrest. Solches politisches „quilombo“, wie der argentinische Ausdruck für Durcheinander/Chaos lautet, habe das Vertrauen der ausländischen Geldgeber allzu sehr strapaziert, weswegen sie ihre argentinischen Papiere abstoßen bzw. Gelder zurückziehen.

Derart oberflächliche Betrachtungen vermögen nicht zu überzeugen.³ Eine angemessene Ausleuchtung des Krisengeschehens, muss zum einen historisch weiter zurückgehen und die Hintergründe und Besonderheiten des argentinischen Wegs zur neoliberalen Orientierung verfolgen und zum anderen versuchen, die verschiedenen Komponenten des Krisenprozesses, primär bedeutende Faktoren von nur sekundär relevanten, zu unterscheiden. Demgegenüber können hier die politischen und institutionellen Seiten des argentinischen Krisenprozesses sowie die Involvierung sozialer Akteure, vor allem auch die Protest- und Oppositionsbewegungen gegenüber dem neoliberalen Regime aus Platzgründen praktisch kaum behandelt werden.⁴

2. Hintergründe

Seit Beginn der 50er Jahre war die argentinische Ökonomie durch eine Konstellation charakterisiert, die bestimmte ökonomische Zyklen (und vermittelt dadurch auch Zyklen der politischen Herrschaft zwischen Demokratie und Diktatur) hervorbrachte. Grob skizziert kann man sagen: wenn die auf Weizen und Fleisch (und teilweise andere Agrarprodukte) basierenden Exporte boomten, „ging es der Binnenwirtschaft schlecht“ (infolge von Überakkumulation, von Konsummangel etc.), d.h., dass ein Boom der Exporte (abgesehen von Weltmarktfaktoren) eine Binnenmarktcontraktion zur Voraussetzung

3 Krasse Fehleinschätzungen des Gangs der argentinischen Ökonomie durch den „fachökonomischen Sachverstand“ sind zahlreich und hartnäckig: z.B. behauptete der Argentinien-Spezialist Reichel in Zusammenfassung seiner Analyse noch 1997 Folgendes: „Zusammengenommen stellen die Ereignisse des Jahres 1995 die Gesundung der argentinischen Wirtschaft allerdings kaum in Frage, so dass mittelfristig durchaus ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 5-6% (pro Kopf von 4-5%) im Bereich des Realistischen liegt“ (Reichel, 1997: 37). Der ökonomische Sachbearbeiter für Argentinien von der Dresdner Bank Lateinamerika vermutete noch Anfang des Jahres 2000, dass für das laufende Jahr eine Zunahme des BIP von 2,8% zu erwarten sei (Dresdner Bank, Perspektiven Lateinamerika, Januar 2000: 5). Faktisch kam dann am Ende des Jahres ein Minuswachstum von 0,5% heraus! Ein Fehler von fast 3,5% bei der Schätzung des BIP dürfte in der Treffgenauigkeit noch weit unter den Ergebnissen der Meteorologie liegen. – Akademische Mainstream-Wissenschaftler haben sich ebenfalls noch vor kurzem fast ohne Einschränkung positiv über die sogenannten wirtschaftlichen Reformen in Argentinien (und Uruguay) geäußert: „Insgesamt aber haben die Reformwege trotz ihrer unterschiedlichen Ausgestaltung durchaus zu positiven volkswirtschaftlichen Entwicklungen geführt“ (Muno/Wagner, 2000: 96).

4 Siehe hierzu die Überblicksbände von Nolte/Werz (1996) und Sevilla/Zimmerling (1997) sowie die Schwerpunktnummer des *Journal of Latin American Studies*, Vol. 33, Feb. 2001.

hatte; umgekehrt brachen die Exporte immer wieder ein, wenn der Binnenmarkt sich dynamisch entwickelte. Diese Besonderheit der argentinischen Ökonomie war darauf zurückzuführen, dass Weizen und Fleisch Produkte waren, die sowohl die Hauptsegmente des Exportes bildeten als auch gleichzeitig lange Zeit für die breite Masse der argentinischen Arbeitnehmer wichtige Bestandteile ihrer Nachfrage darstellten. Aus diesem Grunde bewegten sich Binnen- und Exportwirtschaft in einem gewissen Gegensatz zueinander. Dies war auch der Rahmen dafür, dass sich die agrarischen Exporte und die industrielle Binnenwirtschaft mehr oder weniger entgegengesetzt entwickelten und sich häufig wechselseitig blockierten. Diese Pattsituation bedingte eine dauernde Diskontinuität der wirtschaftspolitischen Orientierung, je nachdem, welcher Machtblock gerade wieder obsiegt hatte (Boris/Hiedl, 1978: 100ff., 124ff.). Zugleich war die wirtschaftliche Entwicklung durch ein fast chronisches Haushaltsdefizit und eine starke Inflationstendenz geprägt. Auch nach der Wiederkehr der Demokratie – nach sieben Jahren harter Militärdiktatur (1983) – änderte sich nichts Wesentliches an diesem Zustand; obwohl zeitweise und partiell die Militärdiktatur eine Öffnung und eine stärkere Akzentuierung der Exportorientierung begonnen hatte, wurde dieser Kurs nicht fortgesetzt. Die alte Blockadesituation reproduzierte sich von 1983 bis 1990/91 im Grunde in ähnlicher Weise noch einmal. Die verschiedenen heterodoxen Anpassungspolitiken unter Präsident Alfonsín sowie ähnliche Versuche in den ersten beiden Regierungsjahren von Präsident Menem konnten die Hauptprobleme der argentinischen Ökonomie: relative Stagnation, Inflation bzw. zeitweise Hyperinflation nicht in den Griff bekommen. Der Tiefpunkt der Entwicklung war 1990 erreicht: das Pro-Kopf-Einkommen lag zu diesem Zeitpunkt um 25% unter dem von 1975.

„Das BIP pro Kopf sank im Verlauf der 80er Jahre um insgesamt 23,5% ... Im Ergebnis lag die Industrieproduktion 1990 16% unter dem Niveau von 1975 ... Die Reallöhne in der Industrie halbierten sich zwischen 1975 und 1990“ (Messner 1998: 52).

3. Die Durchsetzung des neoliberalen Wegs in Argentinien und die endlich wiedergewonnene Prosperität (1991-1994)

Diese äußerst negativen Ausgangsbedingungen machen verständlich, dass die große Mehrheit der Argentinier einen radikalen Neuanfang in der Ökonomie unter Präsident Menem begrüßte: entgegen der peronistischen Vergangenheit wurde Menem zum Vorreiter einer neuen wirtschaftspolitischen Konzeption: radikale Öffnung des Landes, Privatisierung, Liberalisierung etc., alles Elemente im Sinne des „Washington-Konsensus“ und gleichzeitig die Einführung des sogenannten Currency-Board-Systems, d.h. eines Wechselkursregimes, wonach der Peso verfassungsrechtlich verbindlich im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar gebunden ist und die umlaufende Geldmenge durch eine ent-

sprechende Dollarreserve gedeckt wird. Dieses waren die wesentlichen Inhalte des sogenannten „Konvertibilitätsgesetzes“ vom März 1991, das von dem damaligen Wirtschaftsminister Domingo Cavallo entworfen worden war und sich als eine scharfe Waffe gegen die Hyperinflation erwies. Binnen eines Jahres sank die Inflationsrate auf einstellige Werte ab.

Die verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in dieser Periode schnell und energisch umgesetzt wurden, griffen in einer Weise positiv ineinander, die manche Beobachter schon von einem „argentinischen Wirtschaftswunder“ sprechen ließ. Neben der Wechselkursfixierung waren es die schnelle und umfassende Privatisierung von Staatsunternehmen, die in Argentinien nach Hugo Nochteff im Bereich der peripheren Länder am radikalsten ausfiel (Nochteff 2001: 155). Die Senkung der durchschnittlichen Importzölle von 50% auf ca. 10% und der Abbau fast aller nicht-tarifären Handelshemmnisse sowie die Umschuldung im Rahmen des Brady-Plans, die eine Verringerung der Zins- und Tilgungsbelastung des Staates beinhaltete sowie die Erhöhung der Staatseinnahmen durch Erhöhung der Mehrwertsteuer, verschärfte Steuerkontrolle etc. verbesserten die Einnahmeseite des Staates, schließlich wurde auch mit der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse begonnen.

Das BIP wuchs zwischen 1991 und 1994 um 7% jährlich, was für Argentinien seit den Jahren des Nachkriegsbooms 1946/47 nicht mehr der Fall war. Die Reallöhne wuchsen in diesem Zeitraum um ca. 30%, durch Wegfall der sogenannten „Inflationssteuer“ wurde der Binnenmarkt zusätzlich angeregt; sogar die 1990 bei bloß 13% liegende Investitionsquote stieg bis 1994 auf etwa 19% an. Die erhöhten Steuern und reduzierten Staatsausgaben ermöglichten sogar Haushaltsüberschüsse, die für die Schuldenreduktion eingesetzt wurden. Die positive Haushaltsbilanz erklärte sich zudem aus den Erlösen der Regierung, die aus der Privatisierungswelle von Staatsunternehmen resultierten; ca. 20 Mrd. US Dollar sprudelten 1991-1994 aus dieser „Finanzierungsquelle“. Mit der Privatisierung gingen auch verstärkte Kapitalzuflüsse einher, da es nicht selten ausländische Gläubiger bzw. Investoren waren, die sich in die argentinische Wirtschaft einkauften.

„1991 fließen etwa 3,2 Mrd. US Dollar in die argentinische Volkswirtschaft, 1992 11 Mrd. US Dollar, 1993 10,7 Mrd. US Dollar und 1994 etwa 8 Mrd. US Dollar. Die Kapitalzuflüsse basieren vor allem auf den massiven Privatisierungen, an denen sich ausländische Unternehmen beteiligen sowie eher kurzfristigen spekulativen Kapitalanlagen (Portfolio-Investitionen in zweistelliger Milliardenhöhe), die einerseits die relative makroökonomische Stabilität reflektieren und andererseits Folge des im Vergleich zu den internationalen Finanzmärkten hohen Zinsniveaus in Argentinien sind“ (Messner 1998: 61).

Es wird geschätzt, dass die ausländischen Direktinvestitionen – als ein wichtiges Element der gesamten Kapitalzuflüsse – zu ca. 66% auf die Privatisierung öffentlicher Unternehmen zurückgehen (Santiso 1999: 66), so dass diese fast zu einem Synonym für „Entnationalisierung“ wurde. Nicht zuletzt diese Dynamisierung der argentinischen Ökonomie ließ das Pro-Kopf-Einkommen

zwischen 1990 und 1998 von ca. 4.500 auf ca. 9.000 US Dollar ansteigen; die industrielle Produktivität konnte in diesem Zeitraum um etwa 70% erhöht werden (ebd.: 66 u. 69).

Allerdings sind schon in dieser Periode der Euphorie und der Wiedererlangung des argentinischen Selbstbewusstseins Schattenseiten des eindrucksvollen neoliberalen Auswegs aus der langandauernden Stagnation zu beobachten: diese bleiben allerdings bis zum Krisenjahr 1995, welches durch die Mexiko-Krise ausgelöst bzw. verstärkt wurde, eher latent. Die Inflationsrate, obgleich enorm fallend, liegt über derjenigen der USA, was zu einer Überbewertung des an den Dollar gebundenen Peso führt. Allerdings wird dies als Preis für die rigorose Inflationsbekämpfung in Kauf genommen. Kombiniert mit der starken und schnellen Reduktion der Zölle führt diese Überbewertung a) zu der Explosion der industriellen Importe und damit einer wachsend negativen Leistungsbilanz und b) zum Zusammenbruch vieler Klein- und Mittelbetriebe und damit zum Anstieg der offenen Arbeitslosigkeit. Im Krisenjahr 1995 treten die Negativpunkte deutlicher ans Tageslicht, allerdings erst nach der erfolgreichen Wiederwahl von Menem im Mai 1995 – dank einer gut inszenierten Verhüllungspolitik.

4. Rezession und Aufschwung (1995-1998)

Die mexikanische Krise von 1994/95 führte bei vielen Kapitalanlegern dazu, die ökonomische Situation Mexikos mit der Argentinien zu vergleichen. Da ähnliche Faktoren festzustellen waren (überbewertete, fixierte Währung, wachsendes Leistungsbilanzdefizit, zunehmende Arbeitslosigkeit) kam es in den ersten Monaten des Jahres 1995 zu Kapitalabzügen von ca. 10 Mrd. US Dollar. Die Bankdepósitos reduzierten sich in einem ähnlichen Umfang, während die Devisenreserven der Zentralbank auf nur noch 11 Mrd. US Dollar schrumpften. Die derart verringerte Geldbasis ließ die Zinssätze explodieren: sie verdreifachten sich innerhalb einiger Monate auf über 24%, was insbesondere zu einer erheblichen Bankenkrise und zu einer allgemeinen Rezession beitrug. Das BIP sank im Laufe des Jahres 1995 um 4,6%. Die Arbeitslosigkeit stieg von Mitte 1994 bis Ende 1995 von 9,6% auf 18,6% steil an.

Der IWF stellte einen Kredit von 7 Mrd. US Dollar zur Verfügung, der zum erheblichen Teil für die Unterstützung der Banken verbraucht wurde; die Verschuldung stieg in diesem Zeitraum von 99 Mrd. auf über 110 Mrd. US Dollar an. Aufgrund dieser Tendenz (Schuldenzunahme, Zinssteigerung, geringeres ökonomisches Wachstum) deutete sich bereits an, dass eine neue Schuldenkrise für die nächsten Jahren in den Bereich des Wahrscheinlichen rückte.

Doch zunächst kam es zu einer Erholung der Ökonomie in den Jahren 1996 und 1997, welche vor allem durch die Unterstützungsmaßnahmen der inter-

nationalen Finanzinstitutionen und durch einen spürbaren Anstieg der Exporte (vor allem nach Brasilien) getragen wurde (Messner 1998: 63).

Mit der abermaligen Zunahme des Handelsbilanzdefizits seit 1998, dem Rückgang neuer Kapitalzuflüsse und der Reduktion der internen Nachfrage glitt die argentinische Ökonomie seit Mitte 1998 aber in eine langanhaltende Rezession. Die geringe Konkurrenzfähigkeit der argentinischen Industrie sowie die Preisrückgänge der agrarischen Exportprodukte verstärkten diese Rezession noch, insofern die Importe – trotz rückläufiger Gesamtnachfrage – weiter zunahmen, damit aber die industriellen Wertschöpfungsanteile und weitere industrielle Arbeitsplätze verschwanden.

5. Die drei Jahre dauernde Rezession (1998 – 2001)

Die ungewöhnlich lang andauernde Rezession in Argentinien, die im August 1998 begann und den Hintergrund für die aktuelle Währungs- und Finanzkrise bildet, ist – wie angedeutet – Produkt externer und interner Faktoren. Die Asienkrise von 1997/98 und die Brasilienkrise von 1999 waren „externe Schockfaktoren“, die in mehrerer Hinsicht die argentinische Konjunktur negativ beeinflussten: zum einen waren die argentinischen Exporte nach Brasilien vor allem seit der Real-Abwertung im Januar 1999 stark rückläufig, während die Importe (vor allem auch aus Brasilien) besonders deutlich zunahmen und das Handelsbilanzdefizit vergrößerten. Dies erhöhte den äußeren Kapitalbedarf entsprechend. Jedoch waren die externen Kapitalzuflüsse schon seit der Asienkrise infolge größerer Vorsicht der Anleger geringer geworden, was implizierte, dass sie höchstens durch eine erneute Zinsanhebung herbeigelockt werden konnten. Dies aber sowie die durch die Importflut in Schwierigkeiten geratenen Betriebe und die Stagnation der Reallohne führte zu einer weiteren Binnenmarktkontraktion, die so schwerwiegend war, dass das Wachstum von 3,9% (1998) relativ abrupt in einen Rückgang des BIP von 3,1% im darauf folgenden Jahr umschlug (Dresdner Bank, Perspektiven Lateinamerika, Juli 2000: 4). Es wäre aber falsch, die Rezession allein auf externe Schocks zurückführen zu wollen. Diese haben nur eine derart starke und rezessive Wirkung entfalten können, weil Argentinien aufgrund der festen Anbindung seiner Währung an den US Dollar gewissermaßen in die Wechselkursfalle hineingeraten war, die sowohl eine Beibehaltung wie eine Abkehr vom bestehenden Wechselkursregime erschwerte bzw. fast als unmöglich erscheinen ließ:

„... the Argentine economy faces a 'twin impossibility': it is not possible to continue with the current exchange rate, but neither is it possible for it to be devalued“ (Schvarzer 1998: 86).

Die die Binnenmarktkonjunktur erstickende Höhe der Zinssätze und die zusätzlich restriktive Konsumnachfrage infolge von Reallohnrückgängen und ansteigender Arbeitslosigkeit zeigte, dass eine vor allem auf externe Kapitalzu-

flüsse setzende Wirtschaftspolitik keinerlei Gegenmaßnahmen zu ergreifen imstande war. Selbst wenn eine Abwertung vollzogen worden wäre (oder wird), wäre die Quantität und Qualität argentinischer Industrieprodukte nicht in der Lage, die Deviseneinkünfte von dieser Seite her nennenswert aufzubessern. Einzig die quantitative Steigerung des Exports traditioneller Produkte – mit entsprechend kontraproduktiven Wirkungen im Hinblick auf die Preisentwicklung – wäre dazu einzusetzen gewesen.

Eine genauere Analyse der langandauernden Rezession zeigt eindeutig, dass diese zunächst durch interne Faktoren bestimmt war. Besonders auffällig war, dass die Industrieproduktion von Anfang bis Ende 1998 sich stark rückläufig entwickelte: hatte die Zuwachsrate der industriellen Produktion noch im Januar 1998 bei 10% gelegen, so rutschte sie bis Januar 1999 auf -12% ab (Dresdner Bank, Perspektiven Lateinamerika, Sept. 2000: 5). Ähnlich negativ waren die Investitionszuwächse verlaufen, während die offene Arbeitslosigkeit, die bis Mitte 1998 auf einem „Tiefpunkt“ von ca. 12,5% gefallen war, mit typischer Verzögerung erst Ende 1998 wieder anstieg, Mitte 2000 zwischen 15 und 16% zu pendelte (ebd.: 6). Das heißt, dass die Rezession vor der Brasilienkrise und anderen externen Schocks begonnen hatte, also primär nicht auf diese zurückgeführt werden kann. Das bedeutet allerdings keineswegs, dass die Rezession und die Abwertung des Real in Brasilien nicht negative und die argentinische Konjunkturschwäche verstärkende Wirkungen entfaltet hätten. Der Rückgang der Nachfrage in Brasilien, die noch stärkere Überbewertung des Peso gegenüber dem Real sowie die Exportoffensive brasilianischer Unternehmen nach Argentinien drückten so auf dreifache Weise auf die ohnehin rückläufige Konjunktur im Land am Rio de la Plata.

Dennoch zeigt die detaillierte Betrachtung des argentinischen Rezessionsphänomens, dass nicht reale, außenwirtschaftliche Elemente primär die Verlängerung der Depression in Argentinien bewirkt haben. Trotz der Behinderung der argentinischen Exporte und der Begünstigung der Importe (infolge der Überbewertung des Peso) hat sich im Laufe und in Konsequenz der Rezession die Importseite schneller zurückgebildet, während die Exporte leicht anstiegen bzw. weniger stark rückläufig waren. Jedenfalls stellte sich das Handelsbilanzsaldo seit 2000 positiv dar, während das Leistungsbilanzdefizit in Höhe von ca. 3,3% des BIP sich nur um einen Prozentpunkt gegenüber den Vorjahren verringert hatte. Diese Diskrepanz resultierte vor allem aus dem hohen „externen Finanzierungsbedarf“ des Landes, welcher wiederum durch die beträchtlichen Tilgungsverpflichtungen (2001: 18 Mrd. US Dollar), von denen etwa die Hälfte auf den öffentlichen Sektor entfällt, zustande gekommen ist (Dresdner Bank, Perspektiven Lateinamerika, März 2001: 7).

Schon aus diesen wenigen Daten erhellt, dass die erste Ursache des argentinischen Dilemmas in der exorbitanten (sowohl öffentlichen als auch privaten) Verschuldung zu suchen ist. Die Angaben über die genaue Höhe dieser

Schuldenlast schwanken je nach Quelle und Bezugsgröße; die staatliche - zentrale und auf Provinzebene eingegangene - Verschuldung wird gegenwärtig auf etwa 150 Mrd. US Dollar angesetzt. Dies entspricht 50-60% des BIP. Die Schuldendienstquote (Zinsen und Tilgung bezogen auf die Exporterlöse) der öffentlichen Hand entsprach in den letzten Jahren ca. drei Viertel der Exporteinkünfte, was nach allen internationalen Standards als völlig unhaltbar und katastrophal angesehen wird. Ein erheblicher und wachsender Teil der öffentlichen Schulden wurde aufgenommen, um die Staatsanleihen bzw. Kredite zu bedienen und andere um eher konsumtive (d.h. nicht-produktive) Ausgaben zu tätigen; für reale Investitionen (z.B. in die Infrastruktur des Landes, öffentliche Bauten etc.) dürfte nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Anleihen bzw. Kredite verwendet worden sein.

Die zweite Determinante, welche die Rezession verlängert und das Dilemma verschärft, ist die Rezession selbst, die über abnehmende Steuereinnahmen die *Zahlungsmöglichkeiten* des Staates ständig verringert, während aufgrund der sinkenden Kreditwürdigkeit des Landes die alten und neuen Anleihen stets höhere *Zahlungsverpflichtungen* mit sich bringen. Aus dieser Zwickmühle kann die argentinische Regierung - unter Beibehaltung ihrer neoliberal-monetären Linie - nicht herausfinden. Im Gegenteil: sie ist gehalten, eine prozyklische Politik der Austerität und Verschärfung der Rezession und damit wiederum der Verringerung der Steuereinnahmen zu verfolgen.⁵

Schließlich sind drittens die Möglichkeiten für eine eigenständige Geld- und Wechselkurspolitik sehr eingeschränkt, und eine Quelle des Aufschwungs kann der Export kaum bilden, da auch in der Rezession (eigentlich eine günstige Zeit für Exporte) die Überbewertung des Peso restriktiv wirkt.

Diese drei Elemente der argentinischen Situation reduzieren die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten auf lediglich zwei Linien: eine zunehmende Austeritätspolitik einerseits und Hoffen auf zusätzliches „fresh money“ von außerhalb andererseits. Aus eigenen Anstrengungen kann eine „Gesundung“ der Ökonomie kaum noch erfolgen: die *Staatsnachfrage* reduziert sich qua offizieller Wirtschaftspolitik, die *Exporte* können aufgrund der an ihnen hängenden Bleigewichte (Überbewertung) nicht derart starke Funken schlagen, dass sie auf die Konjunktur positiv überspringen (zumal der Verflechtungsgrad der Exportsektoren mit der übrigen Ökonomie in Argentinien nicht sehr hoch zu veranschlagen sein dürfte). Die *Investitionen* sind außer durch die Stagnation bzw. rückläufige Nachfrage durch steigende Zinssätze stark eingeschränkt. Schließlich ist der Endkonsum, der mit über 60% der gesamten Nachfrage am stärksten zu Buche schlägt, vor allem aufgrund der

5 „Auf die ... geschmälernten Steuereinnahmen kann die Regierung derzeit nur prozyklisch reagieren: Sie ist gezwungen, durch Ausgabenkürzungen die Einhaltung der IWF-Ziele sicherzustellen, auch wenn hierdurch das Wirtschaftswachstum zusätzlich gebremst wird.“ (Dresdner Bank, Perspektiven Lateinamerika, Juli 2000: 6).

hohen und wachsenden Arbeitslosigkeit, der stagnierenden Löhne und der fallenden Gehälter und Renten infolge der Austeritätspolitik des Staates nicht dazu angetan, als „Konjunkturmotor“ dienen zu können. So scheint es durchaus plausibel zu sein, dass keine Impulse aus dem Inneren der argentinischen Ökonomie und dem geschlossenen Kreislauf wirtschaftspolitischer Maßnahmen erwachsen können, welche in der Lage sind, das Land aus der Rezession herauszuführen.

6. Das IWF-Weihnachtsgeschenk 2000

Der Preisverfall der wichtigsten Agrarprodukte Argentiniens und die abflauende Konjunktur in den USA wirkten zusätzlich negativ auf die rezessive Grundkonstellation ein, wie sie seit 1998 in Argentinien bestand. Als im November 2000 Argentinien in der Skala der Länderrisiken von einigen Rating-Agenturen abgestuft wurden, schnellten die Zinssätze für neue Kredite auf 18% hoch, und es kursierte das Gerücht, dass der argentinische Staat vor seiner Zahlungsunfähigkeit stehe. Fast den ganzen Dezember über wurde ein „Hilfspaket“ mit den Abgesandten des IWF ausgehandelt. Kurz vor Weihnachten wurde bekannt gemacht, dass der IWF seinem Musterschüler Argentinien mit einer Absicherungsgarantie von knapp 40 Mrd. US Dollar in dieser Situation beisprang. Allein 13,7 Mrd. US Dollar kamen vom IWF, der Rest von der Interamerikanischen Entwicklungsbank, der Weltbank, dem spanischen Staat, von argentinischen Pensionsfonds und von lokalen Banken.⁶ Es wird geschätzt, dass von dieser Summe ca. 5 Mrd. gleich wieder ausgegeben werden mussten, um akuten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Man nimmt an, dass auch in mittlerer Perspektive knapp 90% dieses Kreditpakets zur Bedienung von Auslandsschulden eingesetzt werden sollen. Das heißt, dass dieses scheinbar generöse „Hilfspaket“ vor allem den Gläubigern Argentiniens hilft und die mittelfristige Belastung des Staatshaushaltes erhöht. Eine Strategie der Überwindung der Rezession und der strukturellen Schwäche der argentinischen Ökonomie ist mit dieser Maßnahme, wie auch die weitere Entwicklung deutlich machen sollte, nicht verbunden gewesen. Dagegen war das Kreditpaket an eine Reihe von Auflagen und Verpflichtungen der argentinischen Regierung gekoppelt. Neben einem strikt zu kontrollierenden Höchstsatz des jeweiligen Haushaltsdefizits, dessen Nichtüberschreiten die Voraussetzung für die Auszahlung einzelner Kredit-Tranchen ist, soll die argentinische Regierung das Rentensystem weiter „reformieren“. Die mit dem wirtschaftlichen Hilfspaket – von der Regierung als „Panzerung“ (blindaje) bezeichnet – verbundenen Verpflichtungen sehen auch vor, die

6 Von einigen Kommentatoren wurde dieser Vertragsabschluss als Meilenstein auf dem Weg der Reform des IWF gefeiert, da er nicht nur präventiv angelegt war, sondern auch private Gläubiger in die Rettungsaktion einband.

staatlichen Aufwendungen für Rentenzahlungen abzusenken und die Sozialversicherung weitgehend zu privatisieren, das Rentenalter für Frauen auf 65 Jahre heraufzusetzen und die staatliche Mindestrente zu verringern (Kern/Nolte 2001: 33). Außerdem soll den Gewerkschaften endgültig das Monopol der Krankenversicherung entrissen und der „Gesundheitsmarkt“ liberalisiert werden. Des Weiteren ist die argentinische Regierung die Verpflichtung eingegangen, die Subventionen an die Provinzen einzufrieren. Alle diese Punkte waren nicht nur von ihrer ökonomischen Logik her höchst zweifelhaft, sondern es waren auch Punkte, die die soziale Sprengkraft in einer ohnehin äußerst angespannten Situation verschärfen musste (Malcher 2001: 47).

Trotz der imposanten Größe des Pakets von 40 Mrd. US Dollar, die teilweise auch auf buchhalterischen Tricks beruhte und bei den internationalen Anlegern Vertrauen verbreiten sollte, gewährte dieses nur für kurze Zeit eine Beruhigung der schwierigen Situation in Argentinien. Schon nach einigen Wochen verbreiteten sich wieder Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten des Staates, die Aktienkurse fielen, die Zinsdifferenz von argentinischen Staatsanleihen gegenüber den US-Staatsanleihen stieg wieder auf bisher nicht gekannte Höhen, was sich in einer erhöhten Belastung des Staatshaushaltes (bei gleichzeitig verringerten Einnahmen, da die Rezession anhielt) reflektierte. Der Rückgang der Devisenreserven und die Neigung vieler privater Sparer, ihre Pesokonten in Dollarkonten umzuwandeln setzte nun wieder voll ein. Darauf begann im März 2001 wiederum eine neue Runde von Krisen und Turbulenzen, die sich vor allem in einem raschen Wechsel von Wirtschaftsministern und neuen Konzepten zur Bewältigung der Krise niederschlug.

7. Das Karussell der Wirtschaftsminister und der neue Plan Cavallo vom März 2001

Aufgrund erneuter Krisenanzeichen in der argentinischen Wirtschaft seit Februar 2001 und der wachsenden Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik musste Anfang März der Wirtschaftsminister José Luis Machinea zurücktreten. Sein Nachfolger wurde Ricardo Lopez Murphy, der bis dahin Verteidigungsminister war, als streng orthodoxer Ökonom gilt und der sehr gute Beziehungen zum Wirtschaftsforschungsinstitut der Unternehmer FIEL unterhält. Nach etwa zwei Wochen (die Verzögerung deutet auf Meinungsunterschiede im Kabinett hin) verkündete er am 16. März ein umfassendes Wirtschaftspaket,

„das u.a. Kürzungen bei den Transferzahlungen an die Provinzen und im Erziehungssektor, vor allem bei den Hochschulen, bei den Rentenempfängern und Entlassungen im öffentlichen Dienst vorsah. Das Argument zur Begründung der schmerzhaften Einschnitte lautete, dass sich nur über eine weitere Haushaltssanierung und den Abbau der Staatsverschuldung langfristig die Wirtschaft ankurbeln ließe. Als Reaktion auf die Kürzungsvorschläge traten drei Minister zurück“ (Nolte 2001: 62).

Obwohl der Präsident zunächst seinen neuen Wirtschaftsminister stark unterstützte, ließ er ihn doch schon zwei Tage später fallen und ernannte Domingo Cavallo, den erfolgreichen Minister aus der Menem-Periode zu dessen Nachfolger. Dieser wurde nun als letzter Trumpf und „Retter des Vaterlands“ einer irritierten Öffentlichkeit vorgestellt. Seither ist der mit Sondervollmachten ausgestattete „Magier“, dem nicht nur hoher Sachverstand und seine erfolgreiche Bekämpfung der Hyperinflation, sondern auch beste Beziehungen zu westlichen Regierungen und zur internationalen Finanzwelt gutgeschrieben werden, der eigentlich „starke Mann“ der Regierung de la Rúa.

Gegenüber seinem Vorgänger suchte Cavallo zunächst nach breiter politischer Unterstützung für seinen neuen Kurs, der davon ausging, dass nach einer so langen Rezession die Ankurbelung der Wirtschaft absolute Priorität erhalten müsste. Nur über eine Reaktivierung der Wirtschaft könne das Problem der Staatsverschuldung, des Schuldendienstes und des Haushaltsdefizits bewältigt werden.

„Das wirtschaftspolitische Paket Cavallos umfasst drei Komponenten: Maßnahmen, um die Staatseinnahmen zu erhöhen; Maßnahmen, um die Staatsausgaben zu senken; und Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur durch die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Unternehmen.“ (Nolte 2001: 64).

Bezüglich des ersten Punktes wurde eine Finanztransaktionssteuer von 0,6% in Rekordtempo als Gesetz verabschiedet. Zugleich wurde die Steuereintreibung effektiviert. Eine weitere zusätzliche Sondersteuer von 0,25% soll für die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“ des Landes eingesetzt werden. Neben der Gewährung wichtiger Sondervollmachten für den Präsidenten bzw. seinen Wirtschaftsminister (Einzelheiten ebd.: 65) sind es auch wirtschaftspolitische Fördermaßnahmen gegenüber jenen Branchen/Betrieben, die durch die erwähnten externen Schocks (Abwertung des Real, Wertverlust des Euro gegenüber dem US Dollar) am stärksten benachteiligt worden sind. Diese bestehen in steuerlichen Nachlässen, zollpolitischen Vergünstigungen, Entlastungen bei Sozialabgaben sowie in der Einräumung zinsgünstiger Kredite. Einbezogen sind in dieses Förderpaket zunächst die Zulieferer der Automobilindustrie, Unternehmen der Maschinen- und Werkzeugherstellung, die Textil-, die Schuh- sowie die Papier- und Bekleidungsindustrie. Auf der gleichen Linie liegen Eingriffe der Regierung, die die Einfuhrzölle für Konsumgüter wieder an hob, während die für Investitionsgüter auf Null abgesenkt wurden – Maßnahmen, die nicht den Regelungen des MERCOSUR-Regimes entsprechen und für die sich Cavallo durch zahlreiche „Blitzreisen“ das Placet seines Nachbarn Brasilien einholen musste. – In Gesprächen deutete Cavallo nach der Amtseinführung an, dass er die Bindung des Peso an den US Dollar lockern wollte – zugunsten der Einführung eines Währungskorbs, in welchem auch der Euro, der Real etc. vertreten sein soll.

Die Stimmung in Argentinien verbesserte sich mit dem Amtsantritt von Ca-

vallo und seinem neuen wirtschaftspolitischen Programm spürbar, gedämpfter Optimismus bis hin zur Euphorie trat wieder ein, auch in internationalen politischen und wirtschaftlichen Kreisen gewann Argentinien wieder ein besseres „standing“. Cavallo sonnte sich in hohen Prestigewerten und Zustimmungquoten als „Retter der Nation“. Auch nicht wenige Beobachter aus Wissenschaft und Wirtschaft wurden offenbar von dieser Meinungsströmung mitgerissen. So erklärte Ende März der Politikwissenschaftler und ausgezeichnete Argentinienkenner Detlef Nolte in Anlehnung an rational choice-Überlegungen:

„Cavallo [kann] mittelfristig nicht scheitern, weil niemand ein Interesse an seinem Scheitern hat, d.h. die Kosten einer Unterstützung von Cavallo sind für alle wichtigen internen und externen Akteure niedriger als die Kosten seines Scheiterns“ (Nolte 2001: 68).

Natürlich konnte auch der ökonomische Sachverstand nicht hinter dem politischen Expertenwissen zurückstehen. So schätzte der Argentinienexperte der Dresdner Bank die Lage Anfang Juni folgendermaßen ein:

„Wir erwarten, dass das Maßnahmenpaket Cavallos in der zweiten Jahreshälfte Wirkung zeigen und sich in zunehmendem Konsumentenvertrauen, steigender Investitionstätigkeit und einem positiven Wachstum niederschlagen wird“ (Dresdner Bank, *Perspektiven Lateinamerika*, Juni 2001: 6).

Diese Stimmung hielt gerade von April bis Ende Juni an. Gestützt wurde sie durch die diese Drei-Monatsperiode vor allem beherrschende Problematik des Schuldentauschs, des sogenannten „Mega-Swaps“, d.h. der Streckung der Tilgungsfristen des Landes durch Umwandlung von kurzfristig fällig werdenden Anleihen und Krediten in mittel- und längerfristige. Nach diesem großen Schuldentausch, der Anfang Juni in wesentlichen Teilen unter Dach und Fach war und knapp 30 Mrd. US Dollar umfasste, trat wieder eine gewisse Beruhigung ein – obwohl die hohen Zinsen für den argentinischen Staat wenig günstig waren und seine Zinslast (zumindest mittelfristig) erheblich erhöht wird (*Neue Zürcher Zeitung* 5.6.2001). Kurzfristig wurden die in den nächsten vier Jahren fällig werdenden Rückzahlungen um 16 Mrd. US Dollar verringert. In die gleiche Richtung wirkte die vom Senat Ende Juni ratifizierte Änderung der Währungspolitik, die die Einführung eines Währungskorbs unter Einschluss des US Dollars und des Euro vorsah. Obwohl das Gesetz erst bei einer Relation von 1:1 zwischen US Dollar und Euro förmlich in Kraft treten soll, wurde die damit bezweckte Stützung der Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens bereits jetzt durch Rückvergütungen an die argentinischen Exporteure durch die Zentralbank realisiert (*Financial Times Deutschland* 22.6.2001).

Gleichwohl muss registriert werden, dass schon in dieser Periode die Euphorie über den neuen Kurs und den neuen Wirtschaftsminister sich durchaus in Grenzen hielt: z.B. wurde auch im Mai und im Juni eine weitere Abnahme der Depositen in Pesos und deren Umwandlung in Dollars sowie eine Erhö-

hung der sogenannten „spreads“, d.h. der Risikoaufschläge für Anleihen und Kredite registriert. Dies ist nicht verwunderlich, weil die positivere Stimmung in diesem Zeitraum keineswegs durch eine einschneidende Besserung der Wirtschaftskonjunktur begründet war, sondern durch vielfältigen „Aktionismus“, neue Versprechen und neue Figuren auf der politischen Bühne. Dass auch mit den trickreichsten Ideen und psychologischen Überwältigungsstrategien eine Wende nicht herbeigeführt werden konnte, zeigte sich Anfang Juli, als eine neue Runde im Krisenpoker der argentinischen Wirtschaft eingeleitet wurde.

8. Am Abgrund einer großen Finanzkrise seit Juli 2001

Nach dieser Periode der Beruhigung und des gedämpften Optimismus brach am 10. Juli eine erneute, tiefgehende „Vertrauenskrise“ hinsichtlich der argentinischen Zahlungsfähigkeit aus, die möglicherweise durch Nachrichten über die weiterhin rückläufige Entwicklung des BIP und demzufolge auch der Steuereinnahmen entstanden sein könnte. Bei einer zu diesem Zeitpunkt stattfindenden Auktion von kurzfristigen staatlichen Schatzbriefen musste die Regierung lokalen Banken den bisherigen Rekordzinssatz von 14% (gegenüber von „nur“ 9,1% zwei Wochen zuvor) einräumen.

„Selbst der neue Rekordsatz war lediglich aufgrund von direkten Verhandlungen des Wirtschaftsministers Domingo Cavallo mit den führenden Banken (market makers) erzielt worden, die entsprechende Markt-Rendite hätte nach den panikartigen Anleihverkäufen der vergangenen Tagen noch um 4 Prozentpunkte höher gelegen. Die Renditedifferenz zwischen argentinischen und amerikanischen Staatsanleihen explodierte auf durchschnittlich mehr als 1200 Basispunkte. Im Verlauf eines Monats haben die Papiere des größten Anleihschuldners unter den aufstrebenden Ländern rund 17,5% an Wert verloren und andere Schwellenländer (vor allem Brasilien) mit in die Tiefe gerissen“ (FAZ 12. Juli 2001).

Daraus folgte die Feststellung, dass Argentinien nunmehr (bis auf weiteres) keine weiteren Kredite mehr erhalten könne und daher zu einer qualitativ neuen, radikalen Politik der Ausgabensenkung umschwenken müsse.

Präsident de la Rúa verkündete theatralisch – sein Leben wolle er geben, wenn die Krise abgewendet werden könnte – die sogenannte Null-Defizit-Strategie als letzte Chance für das Land. Da keine Kredite mehr aufgenommen werden könnten, müsste der voraussichtliche Fehlbedarf für den Rest des Jahres 2001 (von 1,5 Mrd. US Dollar; manche Beobachter sprechen sogar von 3 oder 8,5 Mrd. US Dollar) durch Kürzungen der Staatsausgaben von 8 bis 10% „erwirtschaftet“ werden. Diese betreffen vor allem die Gehälter und Renten im öffentlichen Dienst, die um zunächst 13% reduziert werden sollen, wenn sie 300 US Dollar monatlich übersteigen. Des Weiteren sollen Kürzungen im Sozialversicherungswesen, im Gesundheitsbereich und bei der Behörde für Staatsreformen sowie gegenüber den Provinzen zur Erreichung des Null-Defizit-Ziels beitragen. Nach fast dreiwöchigem Hin und Her im

Abgeordnetenhaus und im Senat wurde schließlich das letzte und siebente Sparpaket der Regierung de la Rúa mit einer Stimme Mehrheit im Senat verabschiedet. Gleichzeitig verstärkten sich die Proteste der Gewerkschaften und vor allem auch der sogenannten *piqueteros*, d.h. von Arbeitslosen, die durch Sperrung von Straßen und Plätzen um Aufmerksamkeit für ihre Forderungen werben. Seit Monaten hat diese Protestvariante zugenommen, auch in den Provinzen des Landes und hat bereits in Auseinandersetzungen mit der Polizei zu zahlreichen Toten und Verletzten geführt.

Die Meinungen über die Realisierbarkeit und die Erfolgchancen dieses „letzten Auswegs“ aus der depressiven Spirale und der wachsenden Auslandsabhängigkeit, denen das Land unterliegt, sind geteilt bzw. überwiegend skeptisch. Die Erfolgchancen hängen einerseits von vielen Unsicherheitsfaktoren ab, zum anderen bietet selbst ein Ausschalten oder eine Kontrolle dieser Unsicherheitsmomente keine Garantie für einen ökonomischen Aufschwung. Die politische Akzeptanz einer immer weiter gesteigerten Sparpolitik ist in der Bevölkerung eher unwahrscheinlich, gerade angesichts der unübersehbaren sozialen Polarisierung, der wachsenden Kapitalflucht, der Arroganz und der Korruption der Herrschenden etc.; die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sind an einem Punkt angelangt, der die Grenze des Tolerablen markiert. Die Haltung der Gläubiger und ihrer Regierungen ist ebenso ungewiss. Wird es weitere Kreditlinien seitens des IWF bzw. der großen Gläubigerationen wie der USA, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens geben?⁷ Die Haltung der argentinischen Sparer und Anleger ist ebenfalls schwer kalkulierbar; noch ist nicht deutlich, ob die Tendenz zur Umwandlung der Peso-Depositen in US Dollars und die Kapitalflucht aus dem Lande weiter anhalten werden. Von diesen und anderen Imponderabilien hängt das Gelingen dieser Politik ab, die allerdings keine vorwärts gewandten strategischen Konzepte für eine grundsätzliche Verbesserung der Lage und eine Wiedererlangung früherer Prosperitätsphasen enthält: sie soll schlicht einen völligen Absturz verhindern. Vieles spricht dafür, dass auch diese „letzte Karte“ nicht sticht; z.B. ist inzwischen bekannt geworden, dass die Steuereinnahmen im Juli um 9% zurückgegangen sind, was der Logik der „Null-Defizit-Strategie“ gemäß zu einer weiteren Senkung der Staatsausgaben führen müsste.

Dies alles erhöht die Chancen, dass das neoliberale Wirtschaftsmodell selbst und seine Säulen in Argentinien zur Diskussion gestellt werden könnten. Denn es sind ja nicht bloß „externe Schocks“ (FAZ), „handwerkliche Fehler“ (Nolte) oder Korruption, Ineffizienz und Schlamperei der Verwaltung, die das fast ausweglose Dilemma in Argentinien produziert haben. Es ist vielmehr die Matrix eines Wachstums- bzw. Stagnationsmodells, das auf fehlerhaften, le-

7 Im Augenblick - Mitte August - scheint trotz erheblicher Bedenken der US-Regierung und eines Teils der IWF-Repräsentanten eine IWF-Hilfe von ca. 6-9 Mrd. Dollar wahrscheinlich.

diglich partikularen Interessen verpflichteten Prämissen beruht, welches die Probleme verursacht. Und die Fragwürdigkeit dieses Modells wird für die Mehrheit der Argentinier immer offenkundiger.

9. Fazit und Perspektiven

Das aktuelle Dilemma einer verfehlten Wirtschaftspolitik in Argentinien liegt auf der Hand: die Rezession und der Mangel an weiteren äußeren Kapitalquellen könnten – theoretisch und mittelfristig – nur durch noch rigidiere Sparmaßnahmen, die kurzfristig die Depression freilich verlängern würden, überwunden werden. Umgekehrt wäre eine expansive, anti-rezessive Politik nur möglich, wenn der Staat eine Loslösung des Peso vom US Dollar und damit eine Abwertung vollzöge und erneut Inflationsprozesse sowie zusätzliche ruiniöse Verschuldungen in Kauf nähme. Die „Rechnung“ dieser alternativen „Auswege“ aus der argentinischen Zwickmühle wird in jedem Fall die breite Masse der argentinischen Bevölkerung zu begleichen haben.

Auf mittlere Sicht aber müssten die strukturellen Defizite des argentinischen Kapitalismus, die durch die neoliberale Orientierung zweifellos akzentuiert worden sind, abgebaut werden. Diese sind bedingt

a) durch die Schwächung der industriellen und technologisch-wissenschaftlichen Basis und damit der potentiellen und zukünftigen Exportmöglichkeiten (Nochteff, 2001; Sawers/Massacane, 2001);

b) durch eine ruinöse und private Monopole/Oligopole begünstigende Form der Privatisierung öffentlicher Unternehmen (Schwarzer, 1998; Vidal, 2001);

c) durch eine forcierte Rationalisierung und eine in einigen wenigen Bereichen erzielte Produktivitätssteigerung, welche zu einer beträchtlichen Freisetzung von Arbeitskräften geführt hat, die seither den informellen Sektor und die offene Arbeitslosigkeit auf bislang ungeahnte Höhen anschwellen ließ;

d) aus diesen Schwächen der argentinischen Variante kapitalistischer Entwicklung resultiert eine zunehmende soziale Polarisierung, insbesondere eine Zunahme der Armutsquote auf ca. ein Drittel der Bevölkerung, der Anstieg der Kriminalitätsrate, die Zunahme von gesellschaftlicher Anomie (dokumentiert z.B. in dem rapiden Anstieg der Selbstmordrate und der Auswanderungswilligen) (Nolte, 2001; Stanley, 2000; Tedesco, 2000) und

e) durch ein Währungsregime, das – wie andere Politikelemente auch – vor allem die Interessen der Geld- und Vermögensbesitzer, der Export- und Importkapitale etc. vertrat und ihnen diente, aber ebenfalls zur Schwächung einer produktiven und homogenen Entwicklung des Landes beitrug.

Eine Veränderung des vorherrschenden, finanzkapitalistisch angetriebenen neoliberalen Wirtschaftsmodells hätte zur Voraussetzung, dass der bisher herrschende gesellschaftliche und ökonomische Block (Schwarzer, 1998: 64ff.) zurückgedrängt würde und andere Akteure mit alternativen Vorstellungen, In-

teressen und Wünschen hinsichtlich der sozioökonomischen Entwicklung des Landes die politische Bühne eroberten.

Literatur

- Beinstein, Jorge (2001): Der unaufhaltsame Niedergang Argentinien, in: *Le Monde Diplomatique*, Juli 2001, S. 14-15
- Boris, Dieter (2001): Argentinien als Auftakt neuer Beben? Zur Chronik einer lange angekündigten Krise, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Nr. 7/8, 2001, S. 4
- Boris, Dieter/Peter Hiedl (1978): *Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart*, Köln
- Dresdner Bank Lateinamerika AG, *Perspektiven Lateinamerika*, verschiedene Jahrgänge
- Kern, Alejandra/Detlef Nolte (2001): Argentinien nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa: zwischen der Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 3 v. 15. Febr. 2001
- Malcher, Ingo (2001): Argentinien – die Krise der Zitronenrepublik, in: *Sozialismus*, Nr. 1 (Jan.), S. 46-48
- Messner, Dirk (1998): Wirtschaft und Entwicklung in Argentinien in den 90er Jahren: ein schwieriger Neuanfang, in: ders.: *Lateinamerika: der schwierige Weg in die Weltwirtschaft*, Duisburg, S. 50-74
- Muno, Wolfgang/Christoph Wagner (2000): Marktwirtschaft versus Demokratie? Wirtschaftliche Reformen und politische Entwicklung in Argentinien und Uruguay, in: Dosch, Jörn/Jörg Faust (Hg.): *Die ökonomische Dynamik politischer Herrschaft. Das pazifische Asien und Lateinamerika*, Opladen, S. 73-107
- Nochteff, Hugo (2001): La experiencia argentina de los 90 desde el enfoque de la competitividad sistémica, in: Altenburg, Tilman/Dirk Messner (Hg.): *Wettbewerbsfähiges Lateinamerika. Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat (Festschrift zum 60. Geburtstag von Klaus Eßer)*, Bonn, S. 155-165
- Nochteff, Hugo/Martin Abeles (2000): *Economic shocks without vision: neoliberalism in the transition of socio-economic systems. Lessons from the Argentine case*, Frankfurt/M.
- Nolte, Detlef (2001a): Trendwende in Argentinien? Ist Domingo Cavallo erneut der Retter?, in: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nr. 6 v. 31. März 2001
- Nolte, Detlef/Nikolaus Werz (Hg.) (1996): *Argentinien. Politik, Wirtschaft, Kultur und Außenbeziehungen*, Frankfurt/M.
- Reichel, Richard (1997): Zurück zum Wohlstand? Entwicklungsperspektiven Argentinien im 21. Jahrhundert, in: Pries, Ludger u.a. (Hg.): *Lateinamerikas wirtschaftliche Öffnung. Versuche einer Zwischenbilanz*, Erlangen, S. 25-45
- Santiso, Javier (1999): L'Argentine face a la crise brésilienne, in: *Problèmes d'Amérique Latine*, No. 33 (avril-juin), S. 61-77
- Sawers, Larry/Raquel Massacane (2001): Structural reform and industrial promotion in Argentina, in: *Journal of Latin American Studies*, Vol. 33, Part 1, february, S. 101-132
- Schwarzer, Jorge (1998): Economic reform in Argentina: Which social forces for what aims?, in: Oxhorn, Philip D./Graciela Ducatenzeiler (Hg.): *What kind of democracy? What kind of market? Latin America in the age of neoliberalism*, Pennsylvania, State University Press, S. 61-88
- Schwarzer, Jorge u.a. (1994): Argentinien, in: Töpfer, Barbara/Urs Müller-Plantenberg (Hg.): *Transformation im südlichen Lateinamerika. Chancen und Risiken einer aktiven Weltmarktintegration in Argentinien, Chile und Uruguay*, Frankfurt/M., S. 102-147
- Sevilla, Rafael/Ruth Zimmerling (Hg.) (1997): *Argentinien. Land der Peripherie*, Bad Honnef
- Stanley, Ruth (2000): Polizeigewalt im Großraum Buenos Aires. Braucht der Neoliberalismus eine policia brava, in: *Peripherie*, Nr. 80, 20. Jg., Dez., S. 41-58
- Tedesco, Laura (2000): La ñata contra el vidrio: urban violence and democratic governability in Argentina, in: *Bulletin of Latin American Research*, 19, S. 527-545
- The Economist. A survey of Argentina* v. 6. Mai 2000
- Vidal, Gregorio (2001): *Privatizaciones, fusiones y adquisiciones: las grandes empresas en América Latina*, Barcelona